

Ohne Hilfen für die neuen Länder keine wirkliche Einheit

Wolfgang Thierse, geb. 1943 in Breslau, studierte Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität in Berlin. Im Zusammenhang mit der „Biermann-Affäre“ wurde er aus dem Ministerium für Kunst der DDR entlassen und arbeitete seit Januar 1977 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Im Oktober 1989 trat er dem neuen Forum bei, bevor er im Januar 1990 zur SPD wechselte. Im Juni 1990 wurde er zum Vorsitzenden der SPD der DDR gewählt, im August auch zum Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion. Seit September 1990 ist er stellvertretender Vorsitzender der gesamtdeutschen SPD und seit Oktober 1990 deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

Für mich ist es das erste Mal, daß ich mich als Politiker mit Wahlprüfsteinen der Gewerkschaften konfrontiert sehe - und das gleich in doppeltem Sinne. In der ehemaligen DDR gab es keine Gewerkschaften, die kritische Fragen und Anforderungen an die Politik entwickelt hätten. Viel zu sehr war man mit der Staatspartei SED verwoben, verstand sich als ihr Erfüllungsgehilfe oder - wenn man so will - ihr „Transmissionsriemen“ im alten leninischen Sinn. Dabei blieben die eigentlichen Aufgaben einer Gewerkschaft, die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Werktätigen, wie es in unserer eigenen Sprachentwicklung hieß, meist auf der Strecke.

Aber noch etwas ist neu an der jetzigen Situation. Ich bin nicht mehr nur ein politisch denkender DDR-Bürger, sondern bin angesprochen als Politiker, als jemand, der beim Aufbau einer nach freiem Willen gegründeten Partei mitgeholfen hat. Ich denke, beide Neuentwicklungen, die Existenz freier, parteiunabhängiger Gewerkschaften wie die einer neu gegründeten (und mittlerweile wiedervereinigten) Sozialdemokratischen Partei in den Ländern der ehemaligen DDR sind Gründe zur Freude und Anlaß zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Meine sehr kurze bisherige Existenz als Politiker, die sich ja im übrigen weitgehend mit dem ähnlich kurzen Zeitraum der demokratischen Institutionen deckt, in denen meine Parteifreunde und ich mitgewirkt haben, dürfte ein wenig den verschiedenartigen Charakter erklären, den meine Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des DGB gegenüber den bisher gewohnten ausmacht. Es gibt keine „Leistungsbilanz“ der SPD-Volkskammerfraktion, aufgefächert nach Fachgebieten, anhand derer wir all unsere Initiativen und Zielvorstellungen praktisch erfahrbar machen könnten. Wir hatten dazu weder die Zeit noch die Arbeitskapazität. Wir haben mit unseren bescheidenen Mitteln dazu beigetragen versucht, den deutschen Einigungsprozeß so zu gestalten, daß bei all dem guten Wollen hinsichtlich der nationalen Einigung selbst die sozialen Lebensbedingungen der Menschen, das heißt insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner und aller Gruppen am unteren Rand der Einkommensskala, nicht auf der Strecke bleiben. Dies ist uns nicht immer, aber doch ein gutes Stück gelungen.

Meine Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen im einzelnen enthält deshalb auch an verschiedenen Stellen den Hinweis auf offene Probleme, die der künftige gesamtdeutsche Gesetzgeber anzupacken hat. Eines möchte ich außerdem noch vorwegschicken: Es macht Mut feststellen zu können, daß die in den Wahlprüfsteinen aufgeführten Forderungen des DGB in einem hohen Maße mit dem übereinstimmen, was wir Sozialdemokraten als Zielvorstellungen für die verschiedenen Politikbereiche entwickelt haben - und dabei spreche ich jetzt von der wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei. Man könnte sagen, daß das angesichts eines über 100jährigen Miteinanders, angesichts der gemeinsamen Wurzeln in der Arbeiterbewegung nicht weiter verwunderlich sei. Ich finde es gleichwohl bemerkenswert, wurde doch in den vergangenen Jahren immer wieder der Versuch gemacht, eine Entfremdung zwischen SPD und DGB herbeizureden und -zuschreiben. Es ist gut, daß wir weiter an einem Strang ziehen.

Umwelt schützen - Arbeit schaffen

Die SPD hat den „Ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ zu ihrem Leitthema bei der Erarbeitung des Programms „Fortschritt '90“ gemacht. Die globalen Gefährdungen, denen unsere Natur ausgesetzt ist, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bedrohen und den ganzen Planeten Erde an den Rand des Abgrunds drängen, machen sofortiges Handeln unausweichlich. Wer heute nicht begreift, daß eine drastische Verringerung des Energieverbrauchs vonnöten ist, damit eine nachhaltige Reduzierung der die Erdatmosphäre zerstörenden Substanzen und Gase erreicht wird, spielt mit den Lebenschancen der nachfolgenden Generationen.

Appelle an die Entwicklungsländer zum Erhalt ihrer tropischen Regenwälder helfen nicht, solange die Industrieländer weiter auf ihrem „Recht“ beharren, drei Viertel aller Energien, Rohstoffe und Umweltgüter zu verbrauchen.

chen. Wir werden viel Phantasie und Einsicht benötigen und neue wirtschaftspolitische Instrumente (Energiesteuern, neue Verkehrspolitik), um den bislang eingeschlagenen Pfad verlassen zu können.

Für das Gebiet der ehemaligen DDR stellen sich die Probleme noch weit gravierender dar. Jahrzehntlang hat der SED-Staat ohne Rücksicht auf Menschen und Natur gewirtschaftet, hat ohne die Fähigkeit zur Innovation Maschinen, Industrieanlagen und Böden verbraucht und ausgezehrt. Der Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Produktionsweise war diesem System nicht möglich. Verseuchte Böden sind ein Problem, das uns noch auf Jahre begleiten wird. Wer will es da westdeutschen Investoren verdenken, daß sie wenig Interesse daran haben, diese Altlasten mit zu übernehmen? Wir werden also umfangreiche öffentliche Hilfen brauchen, damit diese riesige Anstrengung in Angriff genommen werden kann.

Nachdrücklich tritt die SPD für die vom DGB geforderte hinreichende Finanzausstattung der Länder und Gemeinden ein. Mancher wird sich erinnern, daß gerade wegen dieser Problematik die große Koalition in der ehemaligen DDR im Sommer dieses Jahres von den Konservativen zu Fall gebracht wurde: Der SPD-Finanzminister Romberg hatte immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die per Staatsvertrag vorgesehenen Finanzausstattungen zu einer Austrocknung der Länder und Gemeinden führen würden. Die katastrophalen Auswirkungen werden die neuen Länder einschließlich ihrer Kommunen erst noch zu spüren bekommen. Sie werden die ihnen übertragenen Aufgaben kaum bewältigen können.

An dieser Stelle ergibt sich eine bedeutsame Verknüpfung mit dem Problem der Beschäftigung. Mit der von den beiden konservativen Regierungen im Einigungsvertrag festgeschriebenen Verpflichtung der Kommunen, einen Eigenanteil bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beizusteuern, werden diese finanziell überfordert, wird brachliegende Arbeit nicht angepackt werden können. Stattdessen wird man weiterhin Arbeitslosigkeit finanzieren. Die SPD-Ministerin Regine Hildebrandt hat - wie es auch der DGB fordert - auf Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften gesetzt. Die Regierungen Kohl und de Maiziere haben davon nicht viel übrig gelassen.

Soziale Sicherheit - gesicherte Arbeitsverhältnisse

Sicherlich ist gegen den Forderungskatalog, den der DGB unter dieser Überschrift aufgestellt hat, nichts einzuwenden. Es handelt sich auch hier in vielen Fällen um Gesichtspunkte - ich denke etwa an die Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes, die Beseitigung des Pflegenotstandes, die Rücknahme der Selbstbetätigung in der Krankenversicherung und die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung -, die von den Sozialdemokraten der Bundesrepublik in den letzten Jahren in den Mittelpunkt der sozialpolitischen Auseinandersetzungen gerückt wurden.

Gleichwohl komme ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß der ganze Katalog im wesentlichen auf die Bedingungen der ehemaligen BRD zugeschnitten ist. Wem in den Ländern der ehemaligen DDR muß nicht zur Zeit der Begriff der gesicherten Arbeitsverhältnisse wie Hohn in den Ohren klingen? Dort, wo momentan Menschen zu Tausenden ihre Arbeitsplätze verlieren, geht es erst einmal um den Schritt, das in der BRD erreichte Niveau von Arbeitsplatzsicherheit und sozialer Absicherung zu erreichen.

Damit nehme ich nicht gegen den Forderungskatalog des DGB Stellung, sondern will nur erhellen, warum hier differenziertere Antworten auf die Probleme in beiden Teilen Deutschlands gefunden werden müssen. Um es an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen: Aufgrund des zähen Verhandlungsdrucks der Sozialdemokraten konnte im ersten Staatsvertrag erreicht werden, daß die DDR-Mindestrente um den sogenannten Sozialzuschlag erhöht wurde. Versuche der Regierung Kohl, insbesondere ihres Arbeitsministers Blüm, diesen nun bei Rentendynamisierungen wieder „abzuschmelzen“, müssen verhindert werden, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen werden damit die Ärmsten der Armen betrogen. Dies ist für Sozialdemokraten wie für Gewerkschaften nicht hinnehmbar. Zum anderen ist dieser Sozialzuschlag ein erster Schritt hin zu der geforderten bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wird er gekippt, ist die Chance auf einen weiteren Ausbau vertan.

Recht auf Aus- und Weiterbildung sichern

Die Grundaussage des DGB „Qualifizieren statt entlassen!“ kann nur nachhaltig unterstützt werden. Für die Länder der ehemaligen DDR wird dieser Aspekt geradezu eine Schlüsselfunktion bekommen. Aber auch hier erscheinen mir die tagespolitischen Erfordernisse ähnlich zu liegen wie beim vorhergehenden Prüfstein. Wir werden (leider) nicht vor die Aufgabe gestellt sein, konkrete Verbesserungen im Bereich der beruflichen Bildung und der Mitbestimmungsrechte in diesem Sektor durchzusetzen, sondern wir werden dafür zu kämpfen haben, daß diesem Grundsatz überhaupt in der Praxis Rechnung getragen wird.

Und so bedauerlich das ist: Dies ist im wesentlichen eine Frage der finanzpolitischen Absicherung, um die noch hart gerungen werden wird. Um es klarzustellen: Natürlich kann es nicht darum gehen, kurz- und langfristige Forderungen gegeneinander ausspielen zu lassen. Jede Auseinandersetzung ist immer auch eine Möglichkeit, das Terrain zu erweitern, Überholtes zu problematisieren und Verbesserungen durchzusetzen. Aber wir müssen dabei realistische Perspektiven im Auge behalten.

Mitbestimmung sichern und ausbauen, Streikfähigkeit erhalten

Bereits der Name drückt es aus: Die SPD ist die Partei der sozialen Demokratie. Sie hat seit ihrem Bestehen dafür gekämpft, daß die Demokratie nicht am Werkstor Halt macht. Soziale Demokratie ist ohne qualifizierte Mitbestim-

mung nicht denkbar. Mitbestimmung ist ein Eckpfeiler der Wirtschaftsdemokratie.

Je rasanter der technologische Fortschritt voranschreitet, um so dringlicher wird das Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und das so früh wie möglich. Denn ist einmal die Grundentscheidung für die Einführung neuer Technologien in einem Betrieb oder einer Verwaltung gefallen, zieht das unweigerlich weitreichende Konsequenzen nach sich. Alte Arbeitsplätze fallen weg, Umsetzungen und insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen werden erforderlich. Neue Schutzvorrichtungen müssen bedacht und erprobt werden. Deshalb gilt: Wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht schon in der Phase der *Planung* solcher Maßnahmen beteiligt werden, geraten sie hoffnungslos ins Hintertreffen, werden Entscheidungen vorgeprägt, die später nicht mehr rückholbar sind. Hierauf muß sich also der Kampf der Gewerkschaften konzentrieren: Qualifizierte Mitbestimmung zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Die Sozialdemokraten in der ehemaligen DDR haben wie die in der Bundesrepublik die Einschränkungen des Streikrechts durch die Neufassung des § 116 AFG abgelehnt. Es ist uns sogar gelungen, die Übernahme des bundesdeutschen AFG durch Mehrheitsbeschluß der Volkskammer ohne diese Klausel durchzusetzen. Erst mit dem Einigungsvertrag haben Kohl und Blüm die Ost-CDU wieder auf ihre einseitig arbeitgeberfreundliche Linie zurückgebracht.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Stärker als alle anderen Prüfsteine illustriert jener zur Gleichstellung, daß er noch nahezu vollständig aus den gesellschaftlichen Bedingungen der ehemaligen BRD heraus formuliert wurde. All die Regelungen, die es in der ehemaligen DDR zu einer besseren Absicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gab, werden nicht einmal erwähnt. Natürlich bedeuteten auch sie nicht eine vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern im gesellschaftlichen Leben, aber es waren doch Sicherungen. Als Beispiele seien die längeren Freistellungsmöglichkeiten bei der Pflege von Kindern, die längere Freistellung nach der Geburt, der weiterreichende Kündigungsschutz und die nahezu flächendeckende Versorgung mit Kindergarten- und -krippenplätzen, die vor allem Frauen mit Kleinkindern, insbesondere Alleinerziehenden, die Berufstätigkeit ermöglichten, genannt.

Diese Regelungen werden - so der Einigungsvertrag - nach relativ kurzen Übergangsfristen auslaufen. Eine Gleichstellungspolitik für das vereinte Deutschland wird hier anzusetzen haben, um solche Sicherungen länger zu erhalten, auszubauen und damit Familie, Haushalt und Beruf für *beide* Partner vereinbar zu gestalten. Es wird darum gehen, schnell neue Finanzierungsalternativen und neue Träger für Kinderkrippen und -gärten zu finden, weil sonst massenhafte Schließungen unausweichlich sind.

Schließlich zum Schwangerschaftsabbruch: Auch hier gilt es, die bisherige DDR-Fristenregelung, die für eine Übergangszeit Gültigkeit behält, als ein Faustpfand zu nutzen, um eine künftige gesamtdeutsche Regelung im Interesse der Selbstbestimmung der Frauen zu erreichen.

Auf bewährter Grundlage eine neue Verfassung schaffen

Wer die deutsche Einheit als freiwilligen Zusammenschluß der beiden bisher getrennten Staatsgebilde will, wer die bisher in vielerlei Hinsicht als bloßen Anschluß der DDR betriebene Politik nicht fortsetzen will, dem muß es mit einer neuen, vom ganzen Volk in freier Abstimmung bestätigten Verfassung ernst sein. Wir werden jede künftige Bundesregierung daran zu messen haben, ob sie bereit ist, den Weg dafür zu öffnen.

Die neuen Staatszielbestimmungen, wie sie der DGB fordert, sollten weit über den Bereich von Sozialdemokratie und Gewerkschaften Konsens werden können. Gerade bei der Aussperrung werden die CDU-Sozialausschüsse endlich Farbe bekennen müssen, wie ernst es ihnen mit Arbeitnehmerpolitik ist. Es ist richtig, daß sich das Grundgesetz der BRD bewährt hat. Deshalb steht es sicher nicht als Ganzes zur Disposition. Aber der Runde Tisch der ehemaligen DDR hat - aufbauend auf dem Grundgesetz - eine beachtenswerte Fortentwicklung vorgelegt, die in der Debatte um eine neue gesamtdeutsche Verfassung eine breite Berücksichtigung verdient.

Für ein demokratisches Europa, für eine Welt des Friedens

Durch die vollzogene deutsche Vereinigung sind die Länder der ehemaligen DDR zu einem Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft geworden. Für uns Sozialdemokraten ist dies keineswegs nur positiver Nebeneffekt. Es ist eine große Chance dafür, daß dieser - bei weitem ja noch nicht abgeschlossene - Prozeß keinen neuen Nationalismus wachsen läßt, sondern eingebettet bleibt in den ebenfalls im Aufbau befindlichen europäischen Einigungsprozeß. Deutschland wird - mehr noch als zur Zeit der Ostverträge Willy Brandts - die Funktion eines Bindeglieds zwischen West- und Osteuropa wahrzunehmen haben.

Eine Schlußbemerkung sei noch erlaubt: Deutlicher als es der DGB-Prüfstein tut, gilt es herauszustreichen, daß dieser Prozeß des friedlichen Zusammenwachsens in Europa undenkbar wäre ohne die Veränderungen in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow. Seiner Politik muß auch künftig unsere Unterstützung gelten.